

**Niederschrift
über die 47. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 20.03.2023**

Sitzungsort/-zeit: Rathaus, Schloßfreiheit 12, Ratssaal
17:00 Uhr – 18:37 Uhr

Vorsitzender
Andreas Dittmann

CDU-Fraktion
Bernd Adolph i.V. für J. Döhring
Wilfried Bustro

FFZ-Fraktion
Mario Rudolf
Thomas Wenzel

AfD-Fraktion
Christina Weber i.V. für D. Tischmeier

Fraktion Die Linke.
Alfred Schildt

SPD-Fraktion
Philipp Koch
Uwe Krüger

FDP-Fraktion
Lutz Voßfeldt i.V. für St. Grey

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Bernd Wesenberg

UWZ-Fraktion
Dr. Beatrix Haake

Von der Verwaltung :
Kerstin Gudella
Evelyn Johannes
Astrid Klausnitzer
Heike Krüger

Protokollantin
Christina Sempert
Toni-Jannis Voigt

Nicht anwesend sind:

CDU-Fraktion
Jonas Döhring i.V. B. Adolph

AfD-Fraktion

Dirk Tischmeier

i.V. Ch. Weber

FDP-Fraktion

Steffen Grey

i.V. L. Voßfeldt

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister und Ausschussvorsitzende, Herr A. Dittmann, eröffnet die 47. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. Er begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Von 11+1 Mitgliedern sind 11+1 Mitglieder anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Ja 11+1 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Der Einwohner Herr H. aus Zerbst/Anhalt spricht das Thema „Windenergie 2027 in der Planungsregion Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg“ an. Ihm geht es insbesondere um das ausgewiesene Gebiet Leps – Nutha - Niederlepte. Anhand einer Stellungnahme der Enercon GmbH aus dem Jahre 2011 führt er auf, dass dieses Areal trotz aller Voraussetzung in der Vergangenheit als ungeeignet eingestuft und auch nicht berücksichtigt wurde. Ausschlaggebend waren damals die Belange der Großtrappen. Inzwischen wurde das Projekt der Großtrappenwiederansiedlung umgesetzt, es sind Vogelschutzgebiete ausgewiesen und dennoch soll der Bereich nun als Windeignungsgebiet in Frage kommen. Herr H. möchte wissen, was sich jetzt geändert hat und zu dieser Entscheidung führt. Darüber hinaus vermisst er die Argumente der Sichtachsen. Die werden gar nicht mehr berücksichtigt.

Der Bürgermeister, Herr A. Dittmann, teilt mit, dass sich die Stadt Zerbst/Anhalt nach den Beratungen im Bau- und Stadtentwicklungs- sowie im Umweltausschuss sehr kritisch zum Vorhaben äußerte. Die Planungsgemeinschaft und die untere Naturschutzbehörde wurden bisher immer, auch beim Projekt der Großtrappenwiederansiedlung, in die Diskussionsprozesse einbezogen. Im Vergleich zum Jahr 2011 hat sich nun die politische Zielsetzung verändert. Der Stellenwert des Naturschutzes gegenüber den Ausbauzielen regenerativer Energien wurde deutlich zurückgesetzt. Für das Gebiet der Stadt Zerbst/Anhalt ergibt sich demnach eine Flächenforderung in Höhe von 2,67%. In der Sitzung der regionalen Planungsgemeinschaft hat die Stadt Zerbst/Anhalt den Aufstellungsbeschluss „Windplan 2027“ abgelehnt. Von der Geschäftsführerin der regionalen Planungsgemeinschaft wurde allerdings auch eindringlich daraufhin gewiesen, dass es sich derzeit um einen Entwurf handelt und es im Rahmen des Anhörungsprozesses zu Veränderungen kommen kann. Es bleibt abzuwarten, ob das „Windgebiet-Leps“ verhindert bzw. eingeschränkt werden kann. Die Stadt Zerbst/Anhalt wirbt dafür, Ablehnungsargumente gegenüber der regionalen Planungsgemeinschaft geltend zu

machen. Die Einwände können auch gerne im Bauamt bei der Amtsleiterin, Frau Heike Krüger, eingereicht werden und fließen dann in der Stellungnahme ein.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift der 46. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 20.02.2023

Die Niederschrift der 46. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 20.02.2023 wird mit folgendem Ergebnis bestätigt:

Ja 8+1 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

TOP 5 Antrag auf überplanmäßige Auszahlung Stadtumbau Ausbau Gartenweg BV/0650/2023

Die Ausschussmitglieder tragen keine Anfragen vor.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die überplanmäßige Auszahlung für die Maßnahme Stadtumbau Ausbau Gartenweg in Höhe von 56.006,03 EURO.

Ja 11+1 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6 Annahme einer Spende für das Tierheim Stadt Zerbst/Anhalt BV/0651/2023

Die Beschlussfassung erfolgt ohne Anfragen.

Der Annahme der Spende von Frau Stephanie Lubitz in Höhe von 1.000,00 EUR für das Tierheim der Stadt Zerbst/Anhalt wird durch den Haupt- und Finanzausschuss zugestimmt.

Ja 11+1 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7 Willensbekundung der SPD-Fraktion- Unterstützungsforderung an die Landesregierung zum ärztlichen Versorgungsengpass AN/0016/2023

Der Bürgermeister informiert, dass der Antrag im Einvernehmen mit dem Stadtratsvorsitzenden auf die Tagesordnung des nächsten Stadtrates gesetzt ist.

Stadtrat U. Krüger erhält das Wort. Er berichtet von einer leichten Besserung der Situation. Für eine aus dem Dienst ausscheidende Hausärztin konnte ein Nachfolger gewonnen werden, dennoch sollte man nicht tatenlos bleiben und versuchen etwas zu verändern.

Der Bürgermeister kann berichten, dass die Inhaber der Raben-Apotheke die Absicht haben, in der Dessauer Straße Praxisräume herzurichten. Sie stehen auch schon in der Verhandlung mit einer neurologischen Ärztin. Die Niederlassung wäre ein Gewinn für Zerbst/Anhalt, wobei dennoch das Hauptproblem bei der Hausärzte- und Diabetesversorgung liegt.

Stadträtin Dr. B. Haake fragt an, ob der Bürgermeister in seinem Gespräch mit der Helios-Klinikleitung die Ambulanzversorgung besprochen hat.

Herr A. Dittmann hat die Idee, die Versorgung mittels einer Ambulanz auszuweiten, vorgetragen. Die derzeitige Regulierung der ärztlichen Engpässe über die Inanspruchnahme der Notaufnahme an den Wochenenden, könnte demnach reduziert werden. Sein Vorschlag wurde von der Leitung aufgenommen, wurde bislang aber nicht betrachtet. Aktuell besteht keine Problemlage im Bereich der Klinikversorgung. Allerdings kann sich die Lage mit den neuen Reformplänen auch verändern. Sollte der Status von Level 1N (Basis- mit Notfallversorgung) auf das Level 1S reduziert werden, würde dies gravierende Einschränkungen im Angebot zur Folge haben. Die Klinikleitung würde sich dann sofort an den Bürgermeister und den Stadtrat wenden, um eine Verhinderung herbeizuführen.

Stadträtin Dr. B. Haake berichtet von der Überlastung der Hausärzte im Stadtgebiet. Viele stehen kurz vor dem Renteneintritt. Sollten in den nächsten 5 Jahren keine neuen Ärzte gewonnen werden können, wird es hier keine Versorgung mehr geben. Die Stadt Zerbst/Anhalt muss umdenken und noch attraktiver werden. Sie bittet den Bürgermeister aktiv zu werden, sich mit Kollegen auszutauschen. Es müssen attraktive Angebote, wie z.B. die Auslobung von Stipendien, geschaffen werden. Sie verweist eindringlich darauf, dass die ärztliche Ausbildungsdauer insgesamt 10 Jahre beträgt. Frau Dr. Haake befürwortet die Übersendung der Willensbekundung an die Landesregierung, befürchtet aber eine Verweisung mit dem Hinweis der Zuständigkeit der kassenärztlichen Vereinigung. Sie schlägt vor, Annoncen zu schalten oder auch an den Universitäten zu werben. Sie sieht auch die Stadtverwaltung in der Pflicht. Viele Bürger müssen bereits in andere Städte zum Hausarzt fahren.

Der Bürgermeister ist der Ansicht, dass auch der Stadtrat, der Teil der Verwaltung ist, unbedingt in den Prozess einzubeziehen ist. Er verweist auf einen extremen Wettbewerb und macht am Beispiel von wenigen vergebenen Stipendienplätzen für ein Auslandsstudium durch die Kassenzahnärztliche Vereinigung deutlich, auf welcher Grundlage diskutiert werden kann. Einige seiner Amtskollegen stehen sogar vor dem besorgniserregenden Problem, Kliniken oder auch Fachabteilungen schließen zu müssen. Er bittet um die Einbringung von Argumenten und der Zustimmung zur Willensbekundung im nächsten Stadtrat.

Stadträtin Ch. Weber ist der Meinung, dass die Abgeordneten des Landtages bereits das gleiche Ziel, die ärztliche Versorgung zu sichern, verfolgen. Diese Willensbekundung wäre nur ein Stück Papier.

Stadtrat B. Wesenberg spricht von einem großen Problem. Das Anliegen sollte sich an junge Menschen richten, die in der Region zu Hause und mit der Heimat verbunden sind. Er schlägt vor, Investoren zu gewinnen, die ein Ärztehaus errichten, so wie einst die Poliklinik. Er kritisiert den Verkauf von attraktiven Flächen mitten im Stadtgebiet, die nun brach liegen. Mit der Vermietung als Arztpraxen wären für Investoren die Mieteinnahmen gesichert. Herr B. Wesenberg bringt die Idee ein, die Miete für junge Ärzte zeitbegrenzt zu subventionieren.

Es sind nicht genügend Ärzte vorhanden, konstatiert Stadtrat A. Schildt. Grundsätzlich liegt für ihn die Zuständigkeit der Problemlösung bei der Bundes- und Landesregierung sowie bei der Kassenzahnärztlichen Vereinigung. Aus seiner Erfahrung heraus kann er nur bestätigen, dass erst der Austausch über eine Problematik etwas bewirkt. Man muss über Angelegenheiten reden, sie ins Bewusstsein rücken und auch Druck erzeugen, sonst bleibt eine Reaktion aus. Mit der Willensbekundung verspricht er sich, dass die Informationen über die Landes- an die Bundesregierung weitergegeben werden und auf die Situation aufmerksam gemacht wird. Die Auswirkungen betreffen alle Bundesländer. Die Willensbekundung wird von ihm als Ansatz gesehen und befürwortet.

In Erinnerung an die abgegebene Willensbekundung des Stadtrates im Jahr 2019 zur Neuregelung der Aufwandsentschädigungen für Kreisausbilder der Freiwilligen Feuerwehren im Land Sachsen-Anhalt, die Wirkung erzielte, unterstützt Stadtrat Ph. Koch die Forderung zur

Verbesserung der ärztlichen Versorgung. Er schlägt vor, dass sich die Verwaltung mit den hiesigen Arztpraxen in Verbindung setzt und Argumente aufnimmt und bittet die Ärzteschaft um Unterstützung.

Nach dem Motto: „Wer sich nicht äußert, hat auch keine Meinung“, wirbt Stadtrat M. Rudolf ebenfalls für die Abgabe der Willensbekundung. Die Fraktionen, die mitwirken möchten, können sich dann einbringen. Er erfragt den Verfahrensablauf der Willensbekundung.

Der Bürgermeister antwortet, dass der Stadtrat am 29.03.2023 über den Fraktionsantrag entscheiden wird. Die Positionierung ist ein Signal. Zur Attraktivität einer Kommune gehört auch das Lebensumfeld, dazu zählen Schulen, Kitas oder auch die Schaffung von Bauland.

Stadtrat B. Wesenberg unterstützt den Vorschlag der Stipendien. Mit einer finanziellen Unterstützung und einer anschließenden Bindung können eventuell Mediziner gewonnen werden.

TOP 8 Mitteilungen

Der Bürgermeister verweist noch einmal auf den Frühjahrsputzaktionstag am 25.03.2023 hin. Der Treffpunkt ist auf dem „Markt“ in Zerbst/Anhalt für 9:00 Uhr vorgesehen.

TOP 8.1 Änderung der Benutzer- u. Entgeltordnung für die Bürgerhäuser der Stadt Zerbst/Anhalt BV/0593/2022

Der Bürgermeister informiert, dass aktuell die Anhörungen in den Ortschaften durchgeführt werden. Die Beschlussfassung ist für den 31.05.2023 vorgesehen.

Stadtrat L. Voßfeldt erkundigt sich, ob die BWZ-verwalteten Gebäude Bestandteil der Entgeltordnung sind. Die stellvertretende Amtsleiterin, Frau A. Klausnitzer, verweist auf den § 12 der Entgeltordnung und bestätigt, dass diese Objekte mit eingeschlossen sind.

TOP 8.2 Erörterung zum Erscheinungszyklus des Amtsboten der Stadt Zerbst/Anhalt

Es ist zukünftig die monatliche Erscheinung des Amtsboten vorgesehen. Alle Fraktionen erteilen ihre Zustimmung. Die Ausschreibung kann demzufolge vorbereitet werden.

TOP 9 Anfragen, Anträge und Anregungen

Es liegen keine Anfragen vor.

Der öffentliche Teil endet um 17:45 Uhr.

Andreas Dittmann
Ausschussvorsitzender

Christina Sempert
Schriftführerin